

**Vorlage
für die Sitzung
der staatlichen Deputation für Gesundheit
am 15. Januar 2013**

„Durchsetzung des Tierschutzgesetzes in Bremen“

A. Problem

Die Bremische Bürgerschaft hat auf Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit dem Antrag vom 20. Juni 2012 „Zweifel an der Durchsetzung des Tierschutzgesetzes in Bremen ausräumen“ (Drucksache 18/466) den Senat aufgefordert, die Durchsetzung des Tierschutzrechts insbesondere bei in Frage gestellten privaten Tierhaltungen zu optimieren. Zur Bearbeitung der im Antrag formulierten Fragestellungen sollte ein „runder Tisch“ einberufen werden.

B. Lösung

Gemäß der Drucksache 18/466 wurde ein „runder Tisch“ unter der Federführung des fachlich zuständigen Senatsressorts, dem Lebensmittelüberwachungs-, Tierschutz- und Veterinärdienst des Landes Bremen (LMTVet), Vertreterinnen und Vertretern der im Bremer Tierschutzbeirat vertretenen Fraktionen sowie bremischer nicht staatlicher Tierschutzorganisationen einberufen.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des „runden Tisches“ geben der staatlichen Deputation für Gesundheit den als Anlage beigefügten Bericht zur Kenntnis und bitten das fachlich zuständige Senatsressort, diesen Bericht auch an die Deputation für Inneres und Sport zur Kenntnisnahme weitzuleiten.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender Prüfung

Finanzielle, personalwirtschaftliche oder genderbezogene Auswirkungen sind nicht ersichtlich.

E. Beteiligung / Abstimmung

Keine.

F. Beschlussvorschlag

Die staatliche Deputation für Gesundheit nimmt den Bericht des „runden Tisches“ zur Durchsetzung des Tierschutzgesetzes in Bremen zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, diesen Bericht an die Deputation für Inneres und Sport zur Kenntnisnahme weitzuleiten.